

Geldschöpfung : Wie kommt Geld in die Welt?

Von [Christian Siedenbiedel FAZ](#) -aktualisiert am 05.02.2012

Um einem Kunden einen Kredit zu geben, braucht die Bank noch nicht einmal die Spareinlage eines anderen Kunden aus ihrem Tresor zu holen. Sie schafft Geld aus nichts. Allerdings: Die Bank muss im Gegenzug für den Kredit Geld bei der Zentralbank deponieren - die sogenannte Mindestreserve. Sie ist viel kleiner als der Kredit: Lange Zeit betrug sie zwei Prozent des Kreditbetrags, gerade wurde sie auf ein Prozent gesenkt. Eine Bank, die 10.000 Euro Kredit vergeben will, braucht also 100 Euro Mindestreserve.

Sicherheiten hinterlegen, Zinsen zahlen

Die Bank muss auch dieses Geld nicht durch Spareinlagen ihrer Kunden aufbringen. Sie kann vielmehr ihrerseits von der Zentralbank Kredit bekommen. Dafür muss sie Sicherheiten hinterlegen, in der Regel Wertpapiere, und Zinsen zahlen.

Wenn das geborgte Geld früher oder später als Einlage bei einer (anderen) Bank landet, kann diese andere Bank damit auch einen Kredit vergeben. Das Bankensystem als Ganzes schafft so ein Vielfaches von dem Geld, das am Anfang stand. Ökonomen nennen das „multiple Geldschöpfung“.

Die Notenbank ist dabei der Regisseur. Sie hat zwei Steuerungsgrößen, mit denen sie den Prozess kontrollieren kann. Zum einen den Satz der Mindestreserve: Senkt sie ihn, können die Banken mehr Geld schaffen. Zum anderen den Zins, den sie von Banken für Kredite verlangt: Fordert sie mehr, halten die Banken sich mit den Ausleihungen tendenziell zurück. (siehe Exkurs auf S. 4)

Auch die Banken sind vorsichtiger

Allerdings hängt die Frage, wie viel Geld die Banken schaffen, nicht allein von Zins und Mindestreserve ab. Es geht dabei ja am Ende um die Frage, wie viel Kredit sie vergeben. Läuft die Wirtschaft gut, wollen viele Firmen Kredit, und die Banken geben ihn gern, weil sie gute Geschäfte machen. Ist hingegen die Unsicherheit groß, sinkt die Kreditnachfrage, und auch die Banken sind vorsichtiger. Letzteres ist im Augenblick der Fall: Die Zentralbank vergibt zuhauf billige Kredite an Banken - aber die halten sich mit der Geldschöpfung vornehm zurück.

Über das Wachstum der Geldmenge entscheiden also tatsächlich Banken, aber auch Privatleute und Unternehmen mit - je nachdem, in welchem Umfang sie Geld leihen oder verleihen.

Nicht nur Occupy diskutiert Geldschöpfung

Ist das alles schlimm, wie Occupy behauptet? Es ist nicht schlimm, solange die Zentralbank die Kontrolle behält. Aber nicht nur bei Occupy, auch in der Wissenschaft gibt es eine Debatte, ob man nach den Erfahrungen der Bankenkrise die Geldschöpfung noch den Banken überlassen kann. Ausgerechnet der Doktorvater von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, Hans Christoph Binswanger, gehört zu den Protagonisten. Er meint: Man sollte die Mindestreserve auf 100 Prozent hochsetzen. Das würde bedeuten: Die Banken müssten für jeden Euro, den sie verleihen, einen Euro bei der Zentralbank hinterlegen. Damit hätte die Zentralbank die vollständige Kontrolle über die Geldschöpfung.

Der Charme der Idee: Man könnte vielleicht vermeiden, dass Banken zu viel Geld schaffen und Blasen und Inflation entstehen.

Der Mainstream der Ökonomen aber hält das nicht für praktikabel. „Bei einer Mindestreserve von 100 Prozent würde das Bankensystem, wie wir es heute kennen, aufhören zu bestehen“, sagt Bankenprofessor Hans-Peter Burghof. Und Volker Wieland, Professor für Geldtheorie in Frankfurt, meint: „Man kann durchaus über die normale Zinspolitik das Geldmengenwachstum kontrollieren.“ Die Europäische Zentralbank habe genug Macht, für stabiles Geld zu sorgen. Sie müsse nur wollen.

Geschichte (aus Wikipedia)

US-Ökonomen wie [Irving Fisher](#) analysierten die [Weltwirtschaftskrise](#) ab 1929. Die zu hohe [Giralgeldschöpfung](#) der Geschäftsbanken während des vorgängigen Wirtschaftsaufschwungs wurde als auslösende Hauptursache erkannt. Fisher veröffentlichte daraufhin seine Vorstellungen zum sogenannten *100%-Geld*. Nach diesem Ansatz sollte die Kreditvergabe der Geschäftsbanken ausschließlich mit hinterlegtem Zentralbankgeld erfolgen dürfen.... Ein Geldinstitut dürfe nur dann ein neues Darlehen vergeben, wenn es im gleichen Ausmaß über Bargeldreserven verfüge. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des Direktoriums der [Deutschen Bundesbank Rolf Gocht](#) schlug 1975 eine neue Geldordnung vor, welche die Geldschöpfung durch Geschäftsbanken verhindern würde.^[10] Im Gegensatz zu Fisher und Friedman handelte es sich bei den Vorschlägen von Gocht um ein System, bei welchem alles Geld nur von der Zentralbank ausgegeben werden soll. Dieses System wurde durch Professor [Joseph Huber](#) auf dem Lehrstuhl für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der [Martin-Luther-Universität](#) in Halle weiterentwickelt und in der Folge als *Vollgeld-System* bezeichnet.

[Richard A. Werner](#), Professor für internationales Bankwesen an der [Universität Southampton](#) in England, entwickelte verwandte Vorschläge für ein weniger krisenanfälliges Geldsystem. Er stellte ebenfalls fest, dass die Kreditvergabe durch Geschäftsbanken für spekulative Zwecke jeweils vor Ausbruch von Krisen stark anstieg. Ob die Kreditgewährung *übertrieben* und spekulativ ist oder nicht, verrät nach seinen Untersuchungen die Mittelverwendung. Falls die Kredite hauptsächlich unproduktiven Zielen dienen, liegt eine Fehlentwicklung vor. Deshalb wünscht Werner, dass die zuständige Zentralbank entscheidet, wie groß das Kreditvolumen insgesamt sein darf und wem die neugeschaffenen Mittel überlassen werden sollen. . Auch Jaromir Benes und Michael Kumhof vom Internationalen Währungsfonds haben sich in einer Studie dafür starkgemacht. In Island berät ein Parlamentsausschuss das Konzept.

Allen genannten Vorschlägen ist gemeinsam, dass Geldschöpfung der Geschäftsbanken durch die Zentralbank entweder eingeschränkt oder ganz abgeschafft werden soll.

Funktionsweise

Nachdem die zuständige Zentralbank Vollgeld im von der Wirtschaft eines Währungsraumes notwendigen Umfang ausgegeben hat, finanzieren Geschäftsbanken mit zirkulierendem Geld wirtschaftliche Aktivitäten wie durch das Vergeben von Krediten nach eigenem Ermessen, durch das Platzieren von Wertpapieren oder durch das Vermitteln von Kapitalbeteiligungen. Die Banken erbringen auch Dienstleistungen wie Geldwechseln, Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Vermögensverwaltung. Jedoch zirkuliert Vollgeld auf Girokonten außerhalb der Bankbilanzen. Es entsteht und existiert nicht als Kundenforderung an die Bank beziehungsweise als Bankverbindlichkeit gegenüber dem Kunden. Die Banken werden zu reinen [Intermediären](#) (Kreditvermittlern).^[14]

Einlagen bei Banken

Gesicherte zinslose Kundeneinlagen auf Girokonten bei Geschäftsbanken werden durch diese treuhänderisch verwaltet. Bei Ausfall einer Bank sind diese Kundengelder nicht gefährdet, weil ein entsprechendes Kundenguthaben bei der Zentralbank besteht. Kunden können wie bisher der Bank

Geld zu einem durch die Geschäftsbank definierten Zins auf einem Sparkonto überlassen. Die Bank kann diese Gelder für Ausleihungen nutzen. In diesem Fall besteht das Gegenparteiisiko bei der entsprechenden Geschäftsbank.^[15]

Kreditvergabe

Kredite können von Geschäftsbanken nur mit Geld vergeben werden, welches sie sich bei der Zentralbank ausgeliehen haben, ihnen auf verzinsten Kundenkonten überlassen wurde oder ihnen durch Aufnahme am Kapitalmarkt zugeflossen ist. Jede Bank entscheidet unabhängig, an wen sie zu welchen Bedingungen Kredite erteilt. Dafür trägt die Bank das alleinige Risiko. Falls ein Kreditinstitut durch ungeeignete Kreditvergabe in Schwierigkeiten gerät, ist eine Abwicklung einfacher. Girokonten außerhalb der Bankbilanz und Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs lassen den Ausfall eines Instituts verkraften.

Kontrolle der Geldmenge

Die Zentralbank hat in diesem System Kontrolle über die zur Verfügung gestellte gesamte Geldmenge. Antizyklische Steuerung ist möglich, um konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Damit Wirtschaftswachstum möglich bleibt, wird nach Bedarf zusätzliches Geld in die Wirtschaft eingespeist, entweder durch Abgabe an staatliche Organe^[5], Verteilen an alle Einwohner („Helikoptergeld“)^{[16][17]} oder durch zusätzliche verzinsliche Darlehen der Zentralbank an die Geschäftsbanken.

Systemwechsel

Die Umstellung von einem Mindestreserve-System auf ein Vollgeld-System kann durch einmaliges Ersetzen des vorhandenen Buchgeldes mit Vollgeld geschehen, welches die Zentralbank schuldet. Dabei werden die bisherigen Verbindlichkeiten der Geschäftsbanken gegenüber ihren Kunden in eine Verbindlichkeit der Zentralbank gegenüber den Bankkunden umgewandelt und erscheinen nicht mehr in der Bilanz der Geschäftsbanken – sie werden beispielsweise von den Geschäftsbanken auf Treuhandkonten im Auftrag der Zentralbank geführt. Bei der Rückzahlung ausstehender Bankkredite nach dem Systemwechsel werden Tilgungszahlungen ihrer Kunden von den Banken an die Zentralbank weitergeleitet, was zunächst zu einer Reduktion der Geldmenge führt. Dadurch kann die bisher aufgeblähte Geldmenge verringert oder alternativ durch die Zentralbank Vollgeld neu geschöpft werden. Diese *Umtauschgeldschöpfung* könnte zur Schuldenverringerung des Staates genutzt werden.

Unterschied zu Mindestreserve- und Vollreserve-System

Ein vollständig implementiertes Vollgeld-System unterscheidet sich von Reserve-Systemen dadurch, dass real- und finanzwirtschaftlich nur noch Vollgeld zirkuliert anstatt virtuelles Giralgeld, welches beim Mindestreserve-System lediglich durch eine kleine Reserve an Zentralbankgeld unterlegt ist. Der Unterschied zwischen Giralgeld (Bankengeld) und Reserven (Zentralbankgeld) wird damit aufgehoben. Es gibt nur noch Vollgeld von der Zentralbank, das unter allen Wirtschaftsteilnehmern in prinzipiell gleicher Weise umläuft, obschon in unterschiedlichen Gebrauchsformen (Bargeld, Kontogeld, digitales Geld).^{[19][14]}

Schweiz – Vollgeldinitiative

In der Schweiz möchte der 2011 gegründete^[20] Verein *Monetäre Modernisierung*^[21] mittels einer Volksinitiative *Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)*^{[5][6]} eine Verfassungsänderung erreichen, dessen Resultat dazu führen sollte, dass nur noch die Schweizerische Nationalbank für die Versorgung der Gesellschaft mit Geld (Bargeld und Buchgeld, siehe auch Geldschöpfung) zuständig wäre.

Island

2012, nachdem das isländische Bankensystem infolge der [Finanzkrise Islands 2008–2011](#) beinahe zusammenbrach, verlangte eine parlamentarische [Motion](#) eine Prüfung der Vollgeld-Idee. Ende März 2015 legte der [Fortschrittspartei](#)-Abgeordnete und Vorsitzende des Wirtschafts- und Handelsausschusses [Frosti Sigurjónsson](#) einen, im Auftrag des Premierministers ausgearbeiteten, Bericht – mit Titel *Monetary reform: A better monetary system for Iceland*^[23] – zur möglichen Einführung von Vollgeld vor.

Exkurs zur EZB nach einem Artikel von [Holger Alich Handelsblatt](#) 01.03.2016

Das wichtigste Instrument ist der Leitzins, also der Zins, zu dem sich Geschäftsbanken bei der Notenbank Geld ausleihen können, um es dann zum Beispiel als Kredit an Unternehmen und Verbraucher weiterzugeben. Im August 2016 liegt der EZB-Zins bei historisch niedrigen 0,0 Prozent. Niedrige Zinsen können die Konjunktur ankurbeln.

In normalen Zeiten bekommen Geschäftsbanken von der EZB Zinsen für überschüssiges Geld, das sie bei der Zentralbank parken. Im Juni 2014 senkten die Währungshüter den Zins unter die Nullgrenze. Aktuell müssen die Kreditinstitute einen Strafzins von 0,4 Prozent zahlen. Das Ziel ist eine Schwächung des Euro und ein Abbau der Einlagen der Banken bei der EZB. Im Mai 2010 begann die EZB erstmals mit dem Kauf von Staatsanleihen. Damit sollte den Anstieg der Renditen von Anleihen angeschlagener Euro-Länder bremsen. Die EZB erklärt sich dabei bereit, notfalls unbegrenzt Anleihen von Krisenstaaten zu erwerben.

Für die sogenannte Quantitative Lockerung druckt sich die Zentralbank quasi selbst Geld und kauft damit in großem Stil Anleihen - Staatsanleihen und andere Papiere wie Unternehmensanleihen. Das tut die EZB seit März 2015. Bis mindestens Ende März 2017 wollen die Währungshüter auf diese Weise 1,74 Billionen Euro in den Markt pumpen. Das soll die Konjunktur ankurbeln und die anhaltend niedrige Inflation wieder in Richtung der EZB-Zielmarke von knapp unter 2,0 Prozent befördern.

Bankkreditvergabe

Die Bank schreibt dabei zum Beispiel einen Kredit über 1000 Euro als Aktiv-Posten in ihre Bilanz. Demgegenüber steht der gleiche Betrag auf der Passiv-Seite als Guthaben des Kunden. Rund 90 Prozent des umlaufenden Geldes sind solch elektronisches Geld, was streng genommen lediglich das Versprechen einer Bank darstellt, den entsprechenden Betrag auszuführen.

„Mit der Vollgeld-Initiative entsteht ein Bankensystem, wie es sich die Bürger vorstellen“, argumentieren die Initiatoren. Denn demnach dürften Banken künftig nur noch Geld verleihen, das ihre Kunden oder die Notenbank ihnen vorher geliehen haben. Banken wären in diesem Szenario auf die Rolle eines Treuhänders beschränkt. Und das Geld auf den Konten wäre so sicher wie Bargeld im Safe, so die Argumentation. Es gäbe weniger Gefahren von Kreditblasen oder eines Bankruns. Gerade vor dem Hintergrund des rückläufigen Gebrauchs von Bargeld sei die Umstellung auf Vollgeld nötig, heißt es weiter. Denn ohne Vollgeld, das jederzeit von der Notenbank garantiert ist, „wären wir von den unsicheren Auszahlungsversprechen (elektronische Guthaben) privater Banken völlig abhängig“, argumentiert das Initiativ-Komitee.

Zudem würden die Gewinne, die durch Geldschöpfung entstehen, von den privaten Banken auf die Zentralbank und damit die öffentliche Hand übergehen. Die Höhe der Geldmenge würde die Notenbank allein steuern. Neues Geld würde die Zentralbank etwa an die öffentliche Hand oder an die Bürger direkt ausschütten. Diese würden das Geld bei Banken anlegen, die damit dann Kredite vergeben könnten.